

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11½ Sgr. Insertionsgebühren für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1½ Sgr.



Expedition: Herrenstraße 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer

Zeitung.

Morgenblatt.

Donnerstag den 31. Januar 1856.

Nr. 51

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Wien, 30. Januar. Die „Österr. Post“ meldet, daß Oesterreich im deutschen Interesse demnächst einen Antrag bei der Bundesversammlung stellen werde: die Präliminarpunkte sich fest anzueignen, um die Theilnahme Deutschlands am Kongreß zu ermöglichen. (S. die unten stehende wiener Correspondenz.)

Berliner Börse vom 30. Januar. Staatsanleihe 88½. 4½ pSt. Anleihe 101. Prämien-Anleihe 112½. Verbacher 153½. Köln-Mindener 162. Freiburger 141. Mecklenburger 129. Mecklenburger 56. Nordb. 58½. Oberschlesische A. 215. B. —. Oderberger 195½. Rheinische 110½. Metall. 82½. Loose —. Wien 2 Monat 94½. National 85½.

Telegraphische Nachrichten.

Verona, 23. Januar. Die Friedenshoffnungen haben auch auf die Seidenmärkte einen heilsamen Einfluß geübt, insbesondere haben verarbeitete Sorten im Preise aufgeschlagen. Mohrseide steht zu hoch, um fernere Preissteigerung zuzulassen.

Livorno, 26. Januar. Die Friedensausichten veranlassen die Getreidehändler, mit ihren Preisen herabzugehen. Weizen hat um 3 Lire per Sacco abgesehen; Käufer ziehen sich zurück.

Genua, 27. Januar. Der englische Kriegsdampfer „Himalaya“ ist gestern mit 340 Maulthierern für die britische Armee von hier nach der Krim abgegangen.

Breslau, 30. Januar. [Zur Situation.] Wenn wir die heutigen Mittheilungen aus Berlin recht verstehen, so geht ihr Absicht darauf, durch Bezeichnung des weiten Weges, welchen die Friedens-Unterhandlungen noch zurückzulegen haben, vor gar zu unbedingter Zuversicht zu warnen, worin unsere wiener Correspondenz beipflichtet.

In der That ist bis jetzt nichts geschehen, als daß Rußland die österreichischen Propositionen angenommen hat, welche notorisch nicht die Bedingungen Englands sind, und daß Lord Cowley zwar einen Loos auf das Zustandekommen des Friedens ausgebracht, England aber auf seine Bedingungen nicht verzichtet hat.

Im Gegentheil soll in Wien nur die Thatsache, daß Rußland die österreichischen Propositionen angenommen hat, protokolllarisch festgestellt und zugleich ein Termin für die Eröffnung der Konferenzen anberaumt werden, auf welchen die englischen Forderungen zur Sprache kommen werden.

Erst dann wird es sich zeigen, ob zwischen England und Frankreich das bisherige Einverständnis fortdauert, oder — da daran zu zweifeln Thorheit ist: auf Seite welcher Regierung der Vorwurf lastet, mit der öffentlichen Meinung ein Spiel getrieben zu haben.

Mögl. daher, daß Preußen, obwohl, wie's scheint, von Frankreich zur Theilnahme an den Konferenzen eingeladen, seinen Eintritt bis dahin verschiebt, daß auch der fünfte Punkt der österreichischen Propositionen in einen saßbaren Präliminar-Artikel gebracht worden ist und nicht als unbekannte Größe zu rathen aufgegeben wird.

Uebrigens offenbart das „Journ. des Deb.“ doch eine wunderliche Anschauung der Dinge, wenn es aus der formalen Berechtigung aller kriegsführenden Mächte: während der Unterhandlung Bedingungen zu stellen, folgert, Rußland könne, den englischen Bedingungen gegenüber, die Nichtbefestigung Helgolands und die Limitation der Anzahl der in die Dnieper einlaufenden englischen Schiffe fordern, und daran die Aussicht knüpft: daß der Kongreß beide Forderungen verwerfen könne.

Indeß ist die französische Presse darauf verfallen, keine Schwierigkeiten mehr anerkennen zu wollen und wer, wie Herr Granier de Cassagnac (im „Constitutionnel“), der Ueberzeugung ist, daß an dem grünen Tische der bevorstehenden Konferenzen der ewige Friede geboren werden wird, kann allerdings nicht weniger thun, als sowohl den ursprünglichen Zweck des Krieges und die errungenen Erfolge desselben vergeffen.

Leider ist die Zuversicht auf eine lange Dauer des Friedens, wenn er jetzt wirklich zu Stande kommt, nicht allgemein, und merkwürdigerweise erklingen die Warnungen nicht aus jenem Lager, welches aus dem Kriege, weil er, je länger er dauert, um so mehr alle politischen Verhältnisse durcheinander werfen möchte — Hoffnung für ihre gescheiterten Pläne schöpft; vielmehr äußert sich das „Volksblatt für Stadt und Land“, daß der Friede höchstens auf 1½ oder 2 Jahre zu Stande kommen könne und daß „ein faulerer noch nie zu Stande gekommen ist.“

„So viel ist gewiß — schließt Herr Leo — wenn Kaiser Nikolaus lebte, wäre ein solcher Friede nimmer geschlossen worden. Daß gegen zwei Großmächte mit dem Vogen in der Faust und die dritte mit dem Dolche im Busen sich wehren keine Kleinigkeit ist, erkennen wir gern an, aber daß dieser Friede ehrenvoll für Rußland sei, wird uns weder ein Russenfeind noch ein Russenfreund einzureden vermögen. Uebrigens versteht sich ganz von selbst, und kein halbwegs verständiger Mensch wird daran zweifeln, daß ihn Rußland nur schließt, um bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit seine Revanche zu nehmen und bis dahin sich besser vorzubereiten. Was den äußern Erfolg des Krieges betrifft, so hat England unleugbar einiges von den Zwecken, die es zum Kriege führten, erreicht. Indessen ist es doch weiter nichts als ein erster Anfang — der Anfang eines weltgeschichtlichen Ringens zwischen zwei Weltmächten, das wohl nicht in einem Jahrhundert ausgemacht werden wird und in welchem Nordamerika künftig die dritte Rolle übernehmen dürfte. Für die europäischen Verhältnisse wird der jetzt geschehene Anfang aller Wahrscheinlichkeit nach den Erfolg haben, daß hinfort kein Krieg geführt wird, in welchem nicht England auf der einen, Rußland auf der andern Seite zu finden sein wird. Das nächstmal wird mit eben so großer Wahrscheinlichkeit die Kombination die sein, daß Frankreich mit Rußland wider England steht, wie es diesmal mit England wider Rußland gestanden hat. Nur an Rußlands Bereitwilligkeit zum Eingehen auf eine solche Kombination haben wir bisher gezweifelt. Nachdem es auf diesen Frieden eingegangen ist, haben wir auch zu jenem Zweifel keinen Grund mehr. — Wo bei einer solchen Kombination dann

Deutschland stehen wird, und ob es nur auf einer Seite stehen wird — das steht in Gottes Hand!..... Sicherer noch als Alt-England ist die heilige Allianz zu Grabe getragen (wenn wir auch ihre Auferstehung in der Zukunft noch nicht aufgeben). Die Sieger alle von 1814 und 1815 sind noch einmal vor dem Bonapartistischen Sterne erblichen. — Dieser Friede, wenn er zustande kommt, hinterläßt Europa in einer seit lange unerhörten allgemeinen Auflösung und Verwirrung, die früher oder später unausbleiblich zu neuen und wahrscheinlich ernsthafteren Ausbrüchen, als es dieses Vorspiel war, führen wird.“

Preußen.

Berlin, 29. Januar. Obgleich die Friedensverhandlungen noch nicht über das Vorstadium hinausgerückt sind, in welches sie durch die von Seiten Rußlands erfolgte Annahme der österreichischen Propositionen getreten waren, so gewinnt doch die Erwartung auf einen günstigen Ausgang derselben immer mehr und mehr an Zuversicht. Selbst die englischen Blätter sprechen sich über die Sachlage in einer Weise aus, welche zu der Vermuthung berechtigt, daß gegen den Zusammentritt eines Friedenskongresses von keiner Seite mehr Einspruch erhoben wird. Ueber den Gang der Verhandlungen sind noch sehr von einander abweichende Gerüchte im Umlauf. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Vertreter der unmittelbar beteiligten Mächte zunächst in Wien ein Protokoll unterzeichnen werden, welches die bekannten 5 Punkte, als von Rußland feierlich angenommen und als die durch allseitige Uebereinstimmung festgestellte Grundlage der definitiven Friedensverhandlungen konstatiert. Es wird von wohlunterrichteter Seite versichert, daß diesem Protokoll erst später die Unterzeichnung eines eigentlichen Präliminar-Vertrages und der förmliche Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes folgen werden. Hierüber liegt aber jedenfalls noch keine bestimmte Entscheidung vor, so wenig wie über die Frage, ob Preußen an den Friedenskonferenzen Theil nehmen wird. Es scheint, daß man über die Formalitäten und Bedingungen, unter welchen die Mitwirkung Preußens bei dem Kongresse eintreten könnte, bis jetzt noch nicht zur Einigung gekommen ist. Die westmächtl. Presse spricht unaufhörlich von den Verpflichtungen, welche Preußen in Betreff des Kongresses zu übernehmen hätte und sie hat Recht, wenn auch der von ihr aufgestellte Grundsat in einem allgemeineren Sinne gedeutet werden muß, als sie ihm vielleicht beilegen möchte. Preußen würde allerdings durch seine Theilnahme an den Konferenzverhandlungen mancherlei schwer wiegende Verpflichtungen übernehmen. Zunächst würde es mit der Voraussetzung eintreten, daß, wie es durch kein direktes Interesse bei dem vorangehenden Kampfe beeinträchtigt war, es auch jetzt bei dem Friedensschlusse keinen eigenen Vortheil beabsichtigt, sondern in seiner Eigenschaft als europäische und speziell als deutsche Großmacht berufen ist, die Lösung des orientalischen Zwistes in einer den deutschen und europäischen Interessen entsprechenden Weise seinerseits zu fördern. Für die Richtung, welche die Thätigkeit Preußens auf dem Kongresse nehmen würde, liegen schon genügende Anhaltspunkte vor. Es hat die von den Dezember-Verbündeten aufgestellten Forderungen, ohne für die Einzelheiten derselben eine Verbindlichkeit eingegangen zu sein, in Petersburg befürwortet und zwar mit einer Eindringlichkeit, welcher alle Nachrichten übereinstimmend einen guten Theil des endlichen Erfolges beimeßen. Schon durch diesen Schritt hat sich Preußen prinzipiell auf einen gemeinsamen Boden mit den Dezember-Verbündeten gestellt, so weit dieselben die Anbahnung des Friedens ernst vor Augen haben. Daraus folgt, daß das preußische Kabinett auch kaum Bedenken tragen kann, die jetzt bereits von Rußland genehmigten Forderungen als die Grundlage der künftigen Friedensverhandlungen anzuerkennen. Dagegen ist nicht ersichtlich, mit welchem Rechte von westmächtl. Seite noch hindere, weiter gehende Verpflichtungen verlangt werden können, so lange das Friedensprogramm noch nicht einmal in allen seinen Theilen eine bestimmte Fassung und die Form eines Präliminar-Vertrages erhalten hat. Noch viel ungeeigneter ist es, die Mitwirkung Preußens als eine diesem gewährte Günstigkeit bezeichnen zu wollen; es sollte vielmehr von den kriegsführenden Theilen selbst als ein Bedürfnis empfunden werden, ihre Verhandlungen unter den Augen einer unparteiischen Macht zu führen und ihrem Uebereinkommen auch die Bürgschaft der Letzteren zu sichern. Wenn man einen dauernden Frieden beabsichtigt, so sollte man kein Mittel verabsäumen, welches zur Festigung desselben geeignet ist.

Berlin, 29. Januar. Die Zeit der Entwicklung und Verhältnisse bietet stets Gelegenheit dar, die Welt mit Gerüchten zu erfüllen und neben der Wahrheit die Dichtung, neben Folgerungen richtiger Berechnung gehaltloses und augenblicklich bestehendes Wortgepränge zu stellen. Dies zeigt sich in der jetzigen Krisis, in welcher sich die orientalische Frage befindet, wieder. Die Journale vergeuden einen großen Theil ihres Raumes, um sinnloses Geschwätz aufzunehmen, während sie, um die wenigen neuen Momente, welche wirklich hervortreten, zu melden, nur weniger Zeilen bedürften. Sie verwirren ihre Leser und bringen sie auf Tripfaden, obgleich die Tagespresse stets den Beruf, dem Publikum in allen Fragen, die über die Höhe des Alltäglichen hinausgehen, den Faden der Ariadne zur Orientierung zu bieten, vor Augen behalten sollte. Die widersprechendsten Angaben finden sich vor. Während von der einen Seite berichtet wird, England habe sich mit der Annahme der österreichischen Propositionen zufrieden erklärt, wird von der andern mitgetheilt, daß Rußland sich nachträglich zur Zustimmung für die weiteren Forderungen Englands bequemt habe. In dem einen Tagesblatte wird die Kriegsfackel geschwungen, in dem andern kommt die Friedenspalme zur Blüthe, da bereits den Feldherrn der Auftrag zum Waffenstillstand erteilt worden sei. Es ist unter diesen Umständen gewiß Pflicht, die Verhältnisse, so weit dies bis jetzt möglich ist, aufzuklären. — Die russische Antwort auf die österreichischen Propositionen ist jetzt in schriftlicher Form zu London und Paris eingetroffen. Der weitere Verlauf bis zu den

eigentlichen Friedens-Verhandlungen würde darin bestehen, daß zunächst ein Protokoll von sämtlichen beteiligten Mächten unterzeichnet wird, in welchem zu konstatiren ist, daß sie sich mit den österreichischen Propositionen einverstanden erklären. Hiernach soll eine Formulierung der Friedens-Präliminarien folgen. Hat diese die Zustimmung der im orientalischen Konflikte engagirten Staaten gefunden, alsdann wird zur Unterzeichnung eines Präliminarien-Vertrages geschritten werden. Nach diesem Akte ist auf eine Einstellung der Feindseligkeiten durch Abschluß eines Waffenstillstandes und auf Eröffnung von Friedens-Konferenzen zu rechnen, welche dem Vernehmen nach in Paris abgehalten werden sollen. Da bis jetzt das Protokoll wegen Annahme der österreichischen Propositionen noch nicht unterzeichnet ist, so erzeugen sich alle darüber hinausgehende Angaben in der Presse, wie Befehle zur Waffenruhe etc. als Erdichtungen. Zur Zeit bestehen noch zwischen Wien und London die bekannten Differenzen über das Maas der Forderungen, welche an Rußland gestellt werden sollen, noch fort, und der englische Gesandte in Wien hat von seiner Regierung noch nicht den Auftrag erhalten, zur Unterzeichnung des gedachten Protokolls zu schreiten. Wenn wir hier die überschwellige Fluth der in der Presse enthaltenen Nachrichten in die engen Ufer des Stromes der wirklichen Begebenheiten zurückzuführen versuchen, so sollen nicht gleichzeitig die Hoffnungen, welche man für den Frieden hegen kann, vernichtet werden. Allen bessern und zuverlässigern Berichten aus London zufolge, ist Aussicht vorhanden, daß das englische Kabinett eine friedlichere Stimmung annehmen wird.

Berlin, 29. Jan. Es ist gestern hier die offizielle Benachrichtigung eingetroffen, daß Frankreich in die Zulassung Preußens zur Theilnahme an den Friedensverhandlungen willigt. England hat sich in dieser Frage noch nicht definitiv ausgesprochen. — Der Rittmeister v. Rauch, welchen die offiziellen Korrespondenten nach der Kreuzzeitung vor Kurzem mit der interimistischen Wahrnehmung der Funktionen eines Militär-Bevollmächtigten in Petersburg beauftragt sein ließen, ist nach Beendigung der Hochzeitsfeier seiner Schwester sofort aus Petersburg wieder zurückgekehrt. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Graf Münster, und zwar schon in sehr kurzer Zeit, zur Uebnahme seiner früheren Stellung wieder nach Petersburg geht.

Die verschiedenen in Bezug auf die polnischen Flüchtlinge in den diesseitigen Grenzgebieten den Behörden zugegangenen Anweisungen sind neuerdings zusammengestellt worden. Außer den allgemeinen Uebervachungsvorschriften ist auch strenge Innehaltung der Bestimmung eingeschärft, daß polnische Emigranten oder Flüchtlinge zum Betriebe eines selbstständigen Gewerbes nicht zugelassen werden dürfen, es sei denn, daß sie dazu ausnahmsweise ministerielle Genehmigung erlangt haben. Zur Ausübung geistlicher Funktionen darf ein polnischer Flüchtling unter allen Umständen nicht zugelassen werden. Verläßt ein polnischer Flüchtling freiwillig die Grenzprovinz, in welcher er geduldet worden, so ist demselben die Rückkehr protokolllarisch zu unterliegen. Will er sich in eine Nachbar-Provinz wenden, so ist dazu die Genehmigung des Ober-Präsidiums der betreffenden Provinz erforderlich. Die Landräthe haben von Zeit zu Zeit allgemeine Visitationen vorzunehmen. Von ihnen ergehen in Bezug auf die Flüchtlinge die nächsten Anordnungen, sie tragen dafür Sorge, daß die Gendarmen sich auf allen ihren Touren, nach einem ihnen zu erteilenden Verzeichnisse, von der Anwesenheit der mit Aufenthaltskarten versehenen Flüchtlinge überzeugen.

In Rücksicht auf die jetzt vollendete Volkszählung sind die Bezirks-Regierungen angewiesen, durch Aufstellung vergleichender Uebersichten über die Ermittlung der letzten und der früheren Zählungen nützliches Material für ihren Verwaltungsbezirk zu sammeln.

[16. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 29. Januar.] Tagesordnung: Berathung einer Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Westfalen.

Der Präsident theilt mit, daß vom Minister für Handel und Gewerbe Zeichnungen der Riesenbauten bei Danzig und Dirschau angeordnet sind, von denen ein Exemplar jedem Abgeordneten ausgeliefert werden soll, um sich von jenen Bauten eine Anschauung zu verschaffen. Der Präsident, indem er den Nutzen derselben für die östlichen Provinzen hervorhebt, beantragt dem Handels-Minister den Dank des Hauses durch Aufstehen kund zu geben. Es geschieht. Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Graf Pfeil zieht die von ihm gestellten Amendements zurück.

Abg. Harfort empfiehlt die von seiner Partei gestellten Amendements. Zu § 1 ist ein Amendement des Abg. Brüning gestellt, gegen das der Regierungskommissar sich erklärt. § 1 betrifft die Anwendung der Landgemeinde-Ordnung; derselbe wird in der Regierungs-Fassung angenommen, eben so § 2. Zu § 3 gehört ein Amendement des Abg. Brüning (über landtagssächliche Mittergüter). Hr. Brüning vertheidigt dasselbe. Der thatfächliche Zustand solle nicht aufgehoben, nur eine einseitige Aufhebung verhindert werden. Graf Pfeil gegen das Amendement. v. d. Horst: Der § gebe nicht weit genug, den Mittergütern solle gar kein Geldvortheil gewährt werden, weshalb der § einfach anzunehmen sei.

Der Regierungskommissar giebt geschichtliche Mittheilungen über die kommunalständischen Verhältnisse, wie über die Rechte der Mittergüter und begründet dadurch die Regierungsvorlage.

v. Mallinckrodt wendet sich gegen die Behauptungen des Hr. Pfeil und des Regier.-Kommiss. Wenn auch die Mittergüter eximirt gewesen seien, so könne für die Gegenwart kein Anspruch daraus abgeleitet werden. Die Gemeinden hätten ihre Rechte an die Grundbesitzer. Sollte letzteren das Ausschneiden erleichtert werden, so beeinträchtigte man die Gemeinden, weshalb das Ausschneiden von beider Zustimmung abhängig gemacht werden müsse. Der Vortheil des § sei einzig für die Mittergüterbesitzer.

Harfort weist nochmals auf die politische Seite der Frage hin. Nachdem ein von der Regierung gestellter Antrag auf Namensauftrag zurückgezogen ist, nimmt Abgeordn. Roden ihn wieder auf. Das Amendement Brüning wird mit 177 gegen 112 Stimmen abgelehnt, § 3 in der Regierungs-Fassung angenommen. Zu § 4 hat die Kommission einen Zusatz beantragt, der angenommen wird. § 5 angenommen, zu § 6 ist ein Amendement Brüning gestellt; dasselbe wird abgelehnt. Ein gleiches geschieht bei § 7, der in der Regierungs-Fassung angenommen wird; die §§ 8-14 wurden angenommen. § 15, die Bedingungen der Theilnahme an den öffentlichen Geschäften der Gemeinden enthaltend, ist von der Kommission modificirt, die Vorschläge derselben werden angenommen. Die § 16-26 werden angenommen. Zu § 27 wird ein Zusatz des Abg. v. Mallinckrodt vorgeschlagen und erhält die Majorität. §§ 28-36 angenommen. Zu § 37 ist

ein Amendement des Abg. Brünig gestellt, dasselbe wird abgelehnt. Die Kommission hat einen besondern § 39 eingeschaltet, betr. Personen, die nicht Gemeindevorsteher sein können. Derselbe wird ohne Diskussion genehmigt. Zu § 41 beantragt Abg. Brünig das letzte Alinea zu streichen, wonach die Besitzer der Rittergüter unmittelbar dem Amtmann untergeordnet sind. In namentlicher Abstimmung wird dasselbe mit 145 gegen 119 Stimmen aufrecht erhalten. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

[Landtag.] Der Antrag des Abgeordneten Wagener auf Aufhebung des Art. 4 der Verfassung ist von der Verfassungs-Kommission abgelehnt. Dagegen empfiehlt dieselbe, an Stelle des jetzigen Art. 4 zu setzen: „Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Befehlen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“ Es ist dies im Wesentlichen die Fassung, welche die Verfassung vom 5. Dezember 1848 aus dem Entwurfe des Central-Ausschusses der National-Verammlung übernommen hatte.

S. Krottsch, 28. Januar. Auch bei uns wird für die Armen gesungen und gespielt. Am 18. d. M. wurde uns zu diesem Behufe Schürichs „Nacht auf dem Meere“ vorgeführt, und war die Aufführung, mit Ausnahme der Solis, eine ziemlich gelungene zu nennen. — Gestern drängte sich ein zahlreiches und gewähltes Publikum in den Grögorschen Saal, wo 2 Stücke von W. Friedrich, nämlich: „Ein Zimmer zu zwei Betten“ und „Guten Morgen, Herr Fischer“ zum Vortheile der Armen gegeben wurden. Gespielt wurde im Ganzen in beiden Stücken ziemlich gut, nur müssen wir für die Zukunft bitten, uns mit solchen Missethungen, wie es in dem zweiten Stücke geschah, in welchem die Damenrollen von Herren dargestellt wurden, zu verschonen. Sowohl das Konzert als auch das Theater waren sehr besucht, und sagen wir den Mitwirkenden für die dadurch erzielte Einnahme, im Namen der hiesigen Armen, unsern herzlichsten Dank.

Deutschland.

Stuttgart, 26. Jan. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß die Berufung der Ständeversammlung in den nächsten Tagen erfolgen wird, und zwar auf den 20. Februar, welches der äußerste von der Verfassung vorgesehene Termin ist.

(U. 3.)

Mannheim, 25. Januar. Unter den Auspizien des Stadtrathes hat sich dahier eine Kommission zu dem Zweck gebildet, der zukünftigen Fürstin des Landes, der Prinzessin Louise von Preußen, einen aus verschiedenem edlen Holze und vergoldeter Bronze gearbeiteten Toiletentisch, mit Geschirren aus getriebenem Silber versehen, zu überreichen.

(Mannh. 3.)

Von der Elbe, 27. Januar. Wie aus sicherer Quelle berichtet wird, hat die Frage wegen Unterzeichnung der österreichischen Propositionen als Friedenspräliminarien durch England zu einem Depeschenwechsel zwischen den Kabinetten von Wien und London geführt, in welchem nur in subtiler Weise dasjenige von beiden Seiten wiederholt und als Vorwurf erhoben wird, was österreichische und englische Blätter den betreffenden Regierungen bereits in leidenschaftlichen Worten vorgebracht. Das englische Kabinet erhebt den Vorwurf, daß Oesterreich in seinen Propositionen nur seine eigenen, nicht aber die nordeuropäischen Interessen gewahrt habe. Graf Buol wiederum findet diese nicht bedroht und hat die bestimmte Erklärung abgegeben: keine weiteren Konzessionen in Petersburg verlangen zu wollen. Die englische Regierung ist indeß bei der Forderung stehen geblieben, daß Rußland vorher die von ihr in Vorschlag gebrachten speziellen Anträge, welche Bomarsund, die Eiskerkensfüße und die Konsulatsangelegenheit betreffen, annehmen müsse, ehe sie zur Unterzeichnung von Friedenspräliminarien bereit sei. In Folge dessen hat das berliner Kabinet die Vermittlung übernommen und in Petersburg die Annahme der speziellen englischen Forderungen dringend befürwortet. Es wird Rußlands Nachgiebigkeit in diesen Punkten bereits als sicher angesehen. Die englischen Blätter, welche schon einen bestimmten Termin zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien angeben, sind nicht hinlänglich orientirt. Die politische Sachlage dreht sich zunächst einzig um die Frage über die Annahme der englischen Spezialbedingungen in Petersburg.

Hildesheim, 25. Januar. Das hiesige katholische „Sonntagsblatt“ enthält einen Hirtenbrief des Bischofs Eduard Jacob zu den Pfaffen. Es wird darin, während „Unzählige der Sache des Unglaubens folgen, während der Geist des Hochmuths und des Ungehorsams alle Grenzen überschreitet, die größte Zerrissenheit der Gemüther überall sich kund giebt“, die vollkommene Einheit der katholischen Kirche gepriesen und ein Blick der Freude geworfen auf „das erhobene Schauspiel, welches zum Erstaunen der Welt die katholische Kirche in der jüngsten Zeit bei der Verkündigung des Glaubensbekenntnisses von der unbesiegbaren Empfangnis der allerheiligsten Jungfrau dargeboten hat.“

C. Aus Mecklenburg, 27. Januar. In Folge des Trauerfalles, welcher das großherzogliche Haus betroffen hat, ließ sich noch gestern eine Deputation des Magistrats von Schwerin zu besonderer Audienz bei Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge melden. Die Deputation wurde angenommen und derselben gestattet, Namens des Magistrats sowie der Bürger- und Einwohnerschaft ihre Beileidsbezeugung auszusprechen. Die Deputation hatte sich seitens des Großherzogs einer sehr gnädigen Aufnahme zu erfreuen. — Wie ich erfahre, steht eine Reform unserer Justizverwaltung, soweit das Widerstreben der Stände ein Vorgehen der Regierung auf diesem Gebiet gestattet, dennoch bevor. Der erste Schritt wird mit der Ernennung eines besondern Ministerial-Raths für das Justiz-Departement und die mit diesem verbundenen Abtheilungen geschehen. Ein Rath bei der Justiz-Kanzlei in Schwerin ist für diese Stelle bestimmt. — Die schwerinsche Speise-Anstalt erfreut sich größter Theilnahme und allgemeiner Zufriedenheit; täglich werden 900 Portionen verabreicht. — Gestern ist von einer rothocker Werfte das größte der bisher in Mecklenburg gebauten Schiffe, 123 Fuß lang, 18 Fuß hoch, 30 Fuß breit und von 325 Weizenlast, vom Stapel gelaufen. — Zu der Familientrauerfeier um den Herzog Nikolaus ist heute Prinz Hugo von Windischgrätz in Schwerin eingetroffen.

Oesterreich.

Wien, 29. Januar. Die Frage, ob Krieg oder Frieden, war auch heute die große Angelegenheit des Tages. Die Fonds stiegen auch heute wieder und namentlich erreichten die Nordbahn- und Creditanstaltsaktien, wie Sie aus dem heutigen Börsenberichte ersehen, eine unglaubliche Höhe. Man glaubt hier im Publikum steif und fest an den Frieden, und selbst der verschwommene Artikel des „Journ. de Saint Petersburg“, welcher von der einfachen und vortheilhaften russischen Annahme nicht eine Sylbe sagt, hat unsern Friedensschwärmern nicht die Augen geöffnet. Indes ertheilen wir dem „mittelschönen“ Correspondenten in der „Frankfurter Postzeitung“ den wohlgemeinten Rath, seinen Inspiratoren nicht allzusehr zu trauen. Man sage uns, Oesterreich wollte von Anfang an nichts als Frieden und trat in die Allianz nur, weil seine exceptionnelle Lage ihm eine offene Neutralität, wie die preussische verbietet, und wir wollen es hinnehmen, aber jetzt, wo es durch den Artikel des „Journ. de Saint Petersburg“ klar bewiesen ist, daß die österr. Propositionen, welche purement et simplement angenommen wurden, nichts anderes sind, als die in der Circular-Depesche vom 23. Dezember aufgestellten Anträge, wolle man uns gefälligst mit der Allianz vom 2. Dezember verschonen. Der mitteldeutsche Schreiber in der „Postzeitung“ läßt sich ferner in die Feder diktiert, daß es Oesterreich nicht einfallt, der Welt den Frieden aufzuzwingen, und daß es den österr. Zeitungen gestattet sei, das Zustandekommen des Friedens zu bezweifeln. Will Oesterreich der Welt

den Frieden nicht aufzwingen, so ist es, weil dies unmöglich; moralisch und diplomatisch geschieht aber von Wien aus alles mögliche, um den Westmächten den Frieden aufzuzwingen. Uebrigens wurden am Tage nach dem Eintreffen der petersburger Depesche über die acceptation pure et simple vier wiener Blätter konfiskirt, weil sie bescheidene Zweifel an der mit so viel Pomp verkündeten und hinterher nicht bestätigten Nachricht gewagt.

Morgen, sagt das Gerücht wieder, sollen die Präliminarien des Friedens unterzeichnet werden, inzwischen aber läßt die telegraphische Antwort der Kabinete von Paris und London auf die Mittheilungen des wiener Kabinetts noch auf sich warten. Inzwischen höre ich, daß der Waffenstillstand bereits faktisch existirt. Die allirten Generale haben gleich den russischen Befehl zur Suspension der Feindseligkeiten erhalten. Diese Suspension der Feindseligkeiten, welche gegenwärtig Thatsache, ist gänzlich freiwillig und kann aufhören, ohne angekündigt zu werden. Der Waffenstillstand selbst wird erst später abgeschlossen, aber die Bedingungen desselben werden in einer Konferenz der allirten Mächte und derart geregelt werden, daß von ihrer wie von Rußlands Seite keinerlei Ueberrumpelung oder Angriff stattfinden kann. Sind diese Bedingungen angenommen, so wird der Waffenstillstand abgeschlossen und kann nicht ohne vorher angekündigt zu sein, gebrochen werden. Nach Abschluß des Waffenstillstandes beginnen die Konferenzen. Den eigentlichen Konferenzen werden übrigens noch vorläufige Konferenzen (conférences préliminaires) vorangehen, an welchen Frankreich, England, Piemont, Oesterreich, Preußen und sogar Schweden theilnehmen werden. In diesen Konferenzen sollen die dem deutschen Bunde zu machenden Mittheilungen und wie mir versichert worden, auch die Bedingungen ausgearbeitet werden, welchen die Staaten, die an den definitiven Konferenzen theilnehmen wollen, zu unterzeichnen haben. Die Aneignung der österreichischen Propositionen und die Verpflichtung für den Fall des Scheiterns der Konferenzen, thatsächliche Hilfe zu leisten, sollen die Bedingungen sine quibus non der Theilnahme an den definitiven Konferenzen sein. (S. oben die telegraphische Depesche aus Wien.)

Wien. Der k. russische Militärbesollmächtigte General Graf Stakelberg gab am 28. eine glänzende Soiree, welcher der Fürst Gortschakoff und mehrere russische Notabilitäten beizuhöten. — General der Kavallerie, Graf Schlick wird nächster Tage nach Galizien abgehen. — Mit dem Frühzuge der Nordbahn ist am 28. ein englischer Kabinetsekretär nach London und ein preussischer nach Berlin abgegangen. Aus St. Petersburg und Paris sind am 29. Kuriere angekommen; am 30. werden aus Konstantinopel Kuriere mit Depeschen erwartet. — Es soll hier ein neues, die katholischen Interessen vertretendes, großes Journal gegründet werden, zu welchem Zweck von den bischöflichen Sitten und überhaupt bei der höheren Geistlichkeit Sammlungen eingeleitet werden. — Bei der bevorstehenden Regelung der evangelischen Kirchenverfassung in Ungarn werden alle bestehenden Verordnungen, so wie das historisch überlieferte unberührt bleiben; die früher in Ungarn gebräuchlich gewesen Lokalkonvente sollen restaurirt und in den deutschen Kronländern, unter der Leitung der Superintenden, Conventen errichtet werden. Siebenbürgen behält seine Eintheilung in Kapitel.

Frankreich.

Paris, 27. Januar. England macht durch Toaste wieder gut, was es durch Depeschen und Noten beinahe verdorben hätte. Lord Cowley leistet in diesem Zweige diplomatischer Thätigkeit das Menschenmögliche, um die Freundschaft zwischen England und Frankreich nicht erkalten zu lassen, und der Telegraph trägt Sorge, daß die Welt von den Trinkprüchen des edlen Lord in laufender Kenntniß erhalten werde. Das Neueste und Glaubwürdigste, was hinter der Toastpolitik steht, ist, daß Lord Palmerston der Allianz mit Frankreich ein neues Opfer bringen zu wollen erklärt hat, daß er entschlossen ist, die Präliminarien, wie sie von Oesterreich proponirt wurden, abzuschließen, daß er dagegen für England die Konzession fordert, von dem Abschluß eines Waffenstillstandes bis zur Verständigung über die Interpretation des fünften Punktes Abstand zu nehmen. Das ist der Kern, den die bunten Phrasen des Lord Cowley'schen Festspruches in sich schließen. — Preußens Betheiligung an dem Kongreß scheint nunmehr entschieden. Frankreich hat seinerseits die Einladung an Preußen gerichtet, den Kongreß zu besuchen, England opponirt in diesem Augenblick noch, wird aber auch hierin dem übereinstimmenden Verlangen Frankreichs, Oesterreichs und Rußlands nachgeben müssen. Ueber Sardinien's Theilnahme herrscht keine Differenz. Das „Journal des Deb.“ spricht ihm dieses Recht zu, weil es an den Oeffnen Theil gehabt, und obwohl die „Debats“ jetzt nicht mehr wie früher zu den Mächten ersten Ranges zählen, so erfahren sie doch noch zuweilen, was beabsichtigt wird. — Großes Aufsehen macht in diesem Augenblick des Marquis La Rochejacquelin Broschüre. Sie ist so russisch, wie man von einem alten Legitimisten, der mit den Sympathien seiner früheren Partei die des neuen Regime's in eine interessante Kombination zu verschmelzen verstand, erwarten durfte. Sie predigt die russisch-französische, oder vielmehr russisch-bonapartistische Allianz, und schmeichelt gleichmäßig den Friedensfreunden, den Aufstrebenden und den dynastischen Parteien. Der edle Marquis wird hiernach nicht länger Veranlassung haben, den Vorwurf, welchen jener farnese Artikel des „Moniteur“ den Senatoren wegen ihrer Indolenz machte, auf sich zu beziehen. — Seit den Friedensnachrichten sind die hiesigen Fabriken mit Aufträgen überhäuft. Namentlich sind aus Deutschland ungeheure Bestellungen eingetroffen, und ich glaube, man täuscht sich nicht, wenn man von der Wiederherstellung des Friedens einen Aufschwung des Handels erwartet, wie man ihn kaum erlebt hat. Die Fabriken beeilen sich daher auch schon jetzt, sich mit den Rohstoffen zu versorgen. Diejenigen Industriellen, die vor dem Kriege vorzugsweise für Rußland arbeiteten, rüsten sich bereits, um den Aufträgen ihrer früheren Geschäftsgenossen im Augenblick, wo der Friede zum Abschluß kommen werde, genügen zu können.

(B. B. 3.)

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 30. Januar. Gestern Nachmittag ließ der Herr Regierungs-Chefpräsident Hr. Zedlig-Trütschler die Subalternbeamten sich versammeln, um sich bei denselben zu verabschieden. Nachdem der Hr. Chef-Präsident einige ergreifende Abschiedsworte gesprochen, nahm der Herr Rechnungsrath Friml im Namen seiner Kollegen das Wort, um die Gefühle auszudrücken, welche die Versammelten empfanden, worauf der Herr Chef-Präsident jedem Anwesenden die Hand zum Abschied bot. Heute Vormittag erfolgte der Abschied der unteren Beamten. Nachmittags vereinigte sich das Regierungskollegium zu einem Abschieds-Diner.

Breslau, 30. Januar. [Zur Tages-Chronik.] Gestern vor Abend fand hier auf der Oder ein theilweiser Eisgang statt. Zwischen den Oberbrücken hatte sich das Eis in größeren Massen in Bewegung gesetzt, wobei die gefährlichen Stauungen durch thätige Hilfe bedeutender Arbeitskräfte verhindert wurden. An manchen Stellen er-

scheint nun der untere Strom vom Eise befreit; dagegen befindet er sich oberhalb der Sandbrücke noch unter einer ziemlich festen Decke, und seit heute Morgen sogar unter einer frischen Schneehülle, welche der Landschaft wieder eine vollkommen winterliche Physiognomie giebt. Zur Freude der Jugend ist auch die Eisbahn wieder hergestellt. Trotz der gesteigerten Kälte werden indeß die öffentlichen Reparatur- und Neubauten mit ungeschwächtem Eifer fortgeführt. Nicht unbedeutende Arbeitskräfte sind gegenwärtig bei Abtragung der Nachbarhäuser des königlichen Palais in der Karlsstraße, andere bei Ausbesserung des großen Reichens am Bürgerwerder-Wehr, sowie bei vielen Privatunternehmungen beschäftigt.

Für die Wohlthätigkeitsbestrebungen im Bereiche der städtischen Speiseanstalten hat sich bisher eine sehr rege Theilnahme kundgegeben. Bekanntlich werden von Seiten des patriotischen Vereins allwöchentlich 600 Hausarme, darunter viele, deren Noth früher kaum geahnt worden, und dabei Greise von 70—80 Jahren, die sonst Tage lang keine warme Kost zu genießen hatten, mit Speisemarken versehen. Wir hoffen, daß dieses edle Unterstützungswerk durch fernere Beiträge der Mitglieder und das zu demselben Zwecke projektierte Konzert die wohlverdiente Förderung erhalten wird.

Der am ober-schlesischen Bahnhof belegene jüdische Kirchhof soll, dem Vernehmen nach, schon im April d. J. geschlossen werden.

Wh. Breslau, 30. Januar. Der vierte Jahresbericht des schlesischen Vereins zur Heilung armer Augenkranken beginnt mit der Klage, daß der Verein wegen Mangel an Mitteln genöthigt gewesen sei, die Zahl der Freistellen in der Augenheilanstalt von 8 auf 6 zu erniedrigen, wodurch viele Angemeldete eine Verzögerung der Aufnahme erleiden mußten. Zur Abwendung der die Existenz des Vereins und der Anstalt bedrohenden Gefahr schilderte der Vereinsvorstand die Lage des Vereins dem hohen Protektor, dem Herrn Oberpräsidenten Frh. von Schleinitz etc. und trug demselben die Bitte vor, durch wirksame Fürsprache die hochlöbl. königl. Landrathskammer zu erhöhter Theilnahme zu veranlassen. Die hülfsvolle Gewährung der Bitte erwies sich für den Verein so erprießlich, daß die Anstalt dadurch, so wie durch andere Beiträge, in den Stand gesetzt wurde, in der zweiten Hälfte des Jahres die Zahl der Freistellen auf 10 zu erhöhen. Es wird dankend erwähnt, daß namentlich durch die Bemühungen des selbst blinden Vorstandsmittels, Herrn Oberlehrer Knie, der Anstalt sehr viele Beiträge zugewendet worden sind, und daß Hr. Excellenz der Herr Graf Renard der Anstalt ein Geschenk von 100 Thlr. Gold gemacht hat. — Im Jahre 1855 wurden 1066 Augenkranken behandelt, also über 300 mehr als im vorigen Jahre. Davon waren 979 ambulatorische Kranke und 87 in der Anstalt aufgenommene. Von den ambulatorischen Kranken gehörten 729 der Stadt Breslau, 250 der Provinz an; von denen in der Anstalt waren 13 aus Breslau, 74 aus der Provinz. Geheilt wurden 856, gehebert entlassen 61, als unheilbar befunden 68; bleibt ein Bestand von 80, davon 8 in der Heilanstalt. Von großen Operationen sind zu erwähnen: 24 Operationen des grauen Staates und 8 künstliche Pupillen-Bildungen u. s. m. Solche Erfolge geben ein redendes Zeugnis von der großen Geschicklichkeit des Vereinsarztes Herrn Dr. Biol und sind geeignet, das Vertrauen zu ihm und seiner ärztlichen Behandlung zu erwecken. Eine Empfehlung des Arztes liegt daher fast mehr im Interesse der Augenkranken, als in dem seinigen. Das Verzeichniß der Landraths-Kammer und Magistrats, welche laufende Beiträge zahlen, weist gegen früher eine fast doppelte Zunahme nach, gleichwohl sind noch mehr als 1/2 der Kreise und fast 1/2 der Städte Schlesiens der Unterstützung des wohlthätigen Vereins noch fern geblieben. Den gegenwärtigen Vorstand bilden die Herren: Stadtrath Pulvermacher, Oberkell. a. D. v. Fabian, Stadtrath Gerlach, Oberlehrer Knie, Stadtrath v. Langendorff, Rm. Meyersdorf, Bezirksvorsteher Weigelt, Musikalien-Händler Scheffler und der Vereinsarzt Dr. med. Biol.

Breslau, 30. Januar. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen: Laurentiusplatz Nr. 2, 1 Bettuch, 3 Frauenhemden, 1 Mannsheide, 2 Paar Frauenunterkleider, 3 Halstücher, 1 messingenes Plättchen und 1 Thlr. bares Geld; Weißgerbergasse Nr. 18, 2 messingene und 1 zinknes Fahnmodell, 1 messingene Pfanne mit 4 eisernen Klöben, 4 Stück messingene Verbindungsringe und 1 messingenes Möbelformell, im Gesamtwert von 42 Thlr.; Stockgasse Nr. 17, 1 Doppel-Louisbord und eine fünfthalb-Raffenanweisung; Sternstraße Nr. 2, 2 Frauenhemden; Klosterstraße Nr. 83, 2 silberne Gläser, gez. C. v. R.; einem Handlungsreisenden während seines Verweilens in einem auf der Gartenstraße gelegenen Restaurationslokale ein dunkelblauer Tuchpaleot mit schwarzem Sammetkragen; Sandstraße Nr. 8, ein dunkelgrünes Portemonnaie, eine Summe Geld von über 1 Thlr., sowie einige Geldmarken enthaltend; Tannenstraße Nr. 17, 2 weißgefeirte Nachjacken und 1 Frauenhemde; Klosterstraße Nr. 82, ein bleches Quartmaß und eine 2 Ellen lange eiserne Kette, durch welche letztere an dem im Hofe befindlichen Brunnen befestigt war; Breitestraße Nr. 3, 2 neusilberne Gläser.

Bei einer am 25ten d. M. stattgehabten polizeilichen Hausdurchsuchung sind nachstehende Gegenstände als mutmaßlich gestohlen in Beschlagnahme genommen worden: 1 schwarzes Kasimir-Mantelchen mit Kapuchon und mit rothem Kittai gefuttert, 1 weißgrundiges, lilafarbenes Muffel de laine Kleid, 1 braunes Baregekleid mit weißen Blättern, 1 rosa gemusterte Schürze, 1 großfarbirtes roth, braun und blau gemustertes wollenes Umschlagetuch, 1 weißgrundiges roth und braun gebildetes Kattunkleid, 1 kattunenes kleines weiß und schwarz gemustertes Umschlagetuch, 4 Küchensandtücher, gez. B. S. Nr. 3, eins B. S. Nr. 3, zwei ungezeichnete, 1 Bettintlett von roth und weiß gestreiftem Drill, 2 Koppfenbezüge, einer derselben roth und weiß, der andere blau und weiß farirt, 1 schwarzes Thibetjackchen, 1 Bügelfein mit rothpolirtem Griff, 2 alte kattunene Kleider, 1 Paar weiße alte Beinkleider und 1 altes blaues Tuch mit mehreren Brandlöchern.

Gefunden wurde: ein Stubenschlüssel.

(Pol.-Bl.)

††† Glogau, 29. Jan. [Schiedsmänner. — Theater und Mozartsfeier.] Aus der dem Magistrat überreichten Nachweisung der Geschäfte der Schiedsmänner hiesiger Stadt für 1855 ist ersichtlich, daß 1493 Sachen und von diesen allein 1471 bei Herrn Senator Schädler vorgelegt haben. Die Stadtverordneten-Versammlung erkennt auch in diesem Jahre die außerordentliche Thätigkeit des Herrn Senator Schädler an und sprach denselben in ihrer letzten Sitzung ihren besondern Dank dafür aus. — Ein vom Magistrat bei den Stadtverordneten eingebrachter Antrag, die hiesige Gas-Anstalt für 50,000 Thlr. anzukaufen, erregt eine lange und lebhafteste Debatte, in Folge deren sich die Versammlung in ihrer Majorität dahin entscheidet, vorläufig über diesen Antrag keinen definitiven Beschluß zu fassen, weil weder ein direkter Antrag des Eigenthümers, Dr. Moore, zum Ankauf derselben, noch die näheren vom Magistrat mit demselben besprochenen Bedingungen über diesen Ankauf vorliegen. — Die Stadtverordneten haben auch in diesem Winter den hilsbedürftigen Einwohnern in den jenseits der Oder belegenen Stadtdörfern Gublan, Hückrich, Glogisdorf, Zerbau und Gräbis 100 Schock Reisigholz als Unterstützung überwiesen. — Eine hier eingegangene Mittheilung, daß der Herr Kriegsminister nicht abgeneigt wäre, Vorschläge zur Erweiterung der Stadt und Festung Glogau von Seiten der städtischen Behörden entgegenzunehmen, erregt bei der Bürgerschaft viele Freude. Die Stadtverordneten erkannten die Wichtigkeit dieser Mittheilung und wählten auf Antrag des Magistrats die Herren Wunsch, Hoffrichter, Kälteborn, Krause, Lehmann, Zickursch, Berg und Giebrich zu Mitgliedern einer Kommission, welche in Gemeinschaft mit Mitgliedern des Magistrats diese Angelegenheit beraten soll. — Mozarts 100jähriger Geburtstag ist im hiesigen Stadttheater glanzvoll begangen worden. Als Nachfeier fand am 28. d. Mts. ein großes Konzert vom Musikchor des 6. Infanterie-Regiments unter Mitwirkung des Instrumentalvereins und der Opernsängerin Fräulein Clara Bloch, der die Theaterdirektion bereitwillig die Erlaubnis hierzu ertheilte, statt. — Hr. Direktor Keller wird das Theater in Posen übernehmen und dasselbe mit Glogau vereinen, bei der Thätigkeit und Kunstliebe des Herrn Keller läßt sich für diese Vereinigung nur Günstiges erwarten.

Glogau, 28. Januar. Die Mozartsfeier, von unserem kunstsinnigen Direktor Keller veranstaltet, darf als eines der schönsten Ereignisse unseres Stadttheaters genannt werden. Das Arrangement war in jeder Beziehung ein vorzügliches. Zauberspiele, Hochzeit des Figaro und Don Juan boten uns die wirksamsten Szenen (woher ein prachtvolles Bild aus allen Opem Mozarts zusammengefaßt) die allerliebste Operette, Mozart und Schikaneder, bildete den wirksamen Schluß. — Herr Keller wurde nach dem Bilde gerufen, und hatte außerdem einen großen Kaffenerfolg, denn weder

Sommerfrucht, 18. Januar. [Ausichten in England.] Von dem Stande der Feldfrucht ist jetzt zwar noch nicht viel zu berichten; doch ist nicht zu bezweifeln, daß gerade diese Jahreszeit von großem Einfluß auf das Gutererfolgt ist. Das ist zu bemerken, daß Weizen überall gut aufgegangen war und dick — stellenweise sogar zu dick — steht. Wahrscheinlich wird im Frühjahr noch viel davon gesät werden und haben wir dann im nächsten Jahre größeres Brod zu erwarten, wenn die Witterung günstig bleibt. Die Winterweizen stehen gut; Winterbohnen sind selten so wenig gesät worden, und ist nun für die Sommerfrucht der Acker vorbereitet. Mit Rücksicht auf den starken Frost sehen die Weizenfelder sehr grün aus, was im vergangenen Jahre nicht der Fall war. In Winterfütterung ist viel erspart worden, was namentlich in Bezug auf Heu nötig war; es wurde zu diesem Zwecke viel altes und mageres Vieh gebracht, wodurch natürlich die Preise dafür wegen starken Angebotes sehr zurückgingen. Die Bestände an fettem Vieh für die Fleischer dürften demnach im Frühjahr schwerlich dem Bedarfe genügen. Getreide scheint nicht viel an Schafe verfüttert zu werden und wir werden mit Hammelfleisch wahrscheinlich nicht überhäuft werden. Ebenso scheint die Schweinemast in nur kleinem Maßstabe betrieben zu werden. (L. H.)

Die Oberschleuse bei Brieg passirten folgende Gegenstände im Jahre 1855.

	stromabwärts	stromaufwärts	zusammen
Bruchglas	1,542 Etr.	1,542 Etr.	1,542 Etr.
Roh- und Bruch-Eisen	72,981	60,450	133,431
Verarbeitetes Eisen	367,553	—	367,553
Eisenbahnschienen	6,360	32,729	39,089
Kartoffeln	180	1,468	1,648
Mais	5,840	—	5,840
Map	9,810	—	9,810
Roggen	27,054	74,074	101,128
Zuckerrüben	2,789	—	2,789
Guano, Salpeter	—	7,856	7,856
Cement	5,250	1,033	6,283
Gyps	3,020	—	3,020
Kalk	11,994	—	11,994
Kaufmannsgüter	8,636	64,674	73,310
Knochen und Knochenmehl	5,354	340	5,694
Lumpen	3,191	311	3,502
Mühlenfabrikate	4,070	31,894	35,964
Deltschen	39,255	—	39,255
Salz	—	146,633	146,633
Spiritus	133	—	133
Steinkohlen	245,976	—	245,976
Braunkohlen	300	—	300
Zink in Barren	86,596	—	86,596
Zinkasche	1,206	2,533	3,739
Zinkweiß	1,250	—	1,250
Blei	1,300	430	1,730
Zusammen	936,478 Etr.	393,238 Etr.	1,329,716 Etr.

und außerdem größere Quantitäten Brenn-, Stamm- und Stabholz, Eisenbahnschienen, Granitplatten, Kalksteine, Feldspath, Ziegel und Drains, Schiefersteine.

Eingangs-Zölle auf Wolle in Frankreich.

Paris, 21. Januar. Durch kais. Dekret vom 19. d. werden die Eingangs-Zölle auf Wolle folgendermaßen festgesetzt:

	Rohe Wolle.	pr. 100 Kil.
I. zur See eingeführt	durch franz. Schiffe	durch fremde Schiffe
A. Schweißwolle:		
a. gewöhnliche von außereurop. Ländern	5	15
von anderen Gegenden	10	15
b. feine von außereurop. Ländern	10	20
von anderen Gegenden	15	20
B. Gewaschene Wolle:		
a. gewöhnliche von außereurop. Ländern	10	25
von anderen Gegenden	20	25
b. feine von außereurop. Ländern	22 50	37 50
von anderen Gegenden	32 50	37 50

II. zu Lande eingeführt zahlen obige Zollgattungen, a. aus den angrenzenden Ländern als deren eigene Schur die vorsehend bemerkten Zölle für die Einfuhr zur See durch französische Schiffe, b. von anderen Ländern und Gegenden eingeführt, die Zölle der Einfuhr zur See durch fremde Schiffe.

Als ordin. Wollen werden nur solche Wollen betrachtet, welche im Schweiß nicht über 1 Frs. 50 Cs. und gewaschen nicht über 3 Frs. pr. Kil. werth sind. Die Ausfuhr-Prämien auf Wollengarn und Gewebe sind durch das erwähnte Dekret gleichfalls neu regulirt und steigen von 25 bis 150 Frs. pr. 100 Kil. je nach den Stoffen. Dieselben treten jedoch erst 6 Monate nach Bekanntmachung des obigen Dekrets in Kraft.

Spanien. In Kraftsetzung des neuen Zoll-Tarifs.

Laut kais. Dekret vom 6. Dezember ist der neue Zoll-Tarif, regulirt nach dem metrischen System, seit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten. Derselbe liegt zur Ansicht bei den königlichen span. Konsulaten.

Berlin, 29. Jan. [Börsen-Korrespondenz.] An heutiger Börse sprach man am Anfang nur von darmstädter Bank-Aktien, die von Frankfurt ca. 17 Gulden besser eintrafen und in Folge dessen zu 124 begannen, dann schnell bis 126½ stiegen, aber wieder bis 124½ zurückgegangen waren. In gleicher Weise steigerten sich österr. Kredit-Bank-A., die bis 129 gingen, im Laufe des Verkehrs jedoch bis 127½ retrirten, doch sehr fest, nämlich zu 128½ schlossen. Franzosen waren heute auffallend vernachlässigt. In den Bankaktien war starkes Geschäft. Es gilt dies nach dem Verkehr der letzten Tage, namentlich auch nach dem heutigen, gleichmäßig von der Gerae und der thüring. Bank. In beiden Aktien wurde heute sehr viel umgesetzt; erstere in großen Posten zu 107½—107, letztere etwas zu 99½ und später zu 100½ hinauf. In den Eisenbahn-Aktien war das Geschäft belebter als gestern und die Course fast durchweg höher; Mainz-Ludwigshafener Eisenbahn-Aktien gehen mit den darmst. Bank-Aktien merkw. Hand in Hand, um bei dem außerordentlichen Aufschwung derselben zurückzubleiben zu können. Der Verkehr in russischen Sachen hatte die weitesten Dimensionen, und es waren die Course derselben abemals wesentlich höher, namentlich wiederum die der 6. Stieglitz-Anleihe. Minerva 103 bezahlt. — In Paris sprach man in den letzten Tagen von 70 St. bis 1 Fr. Report für die Rente, doch hieß es, die Bank werde eine namhafte Summe, man nannte 30 Millionen, in Reportgeschäften anlegen und dadurch einem übermäßig hohen Course vorbeugen; man wiederholte ferner, daß nächsten Donnerstag Dreimonatswechsel wieder zum Discontiren zugelassen, daß selbst der Zinsfuß von der Bank ermäßigt werden würde. Eine fernere Beruhigung finden die Käufer in den zahlreichen Kaufordres, welche von auswärtigen Kapitalisten einlaufen und ihnen Gelegenheit bieten, ihre Gewinne bald zu realisiren. Diese Umstände zusammen haben die Folge, daß bei geringem Weichen der Course die Verkäufer verschwinden, daß mithin die Reaktionen gegen die Hausse unmerklich sind und schnell vorübergehen. Die Schlusscourse von gestern sind uns noch nicht zugekommen. In London hatte die nahe Einzählung auf die türk. Anleihe verbunden mit starken Verkäufen von Staatsseits den Bank in den letzten Tagen einen Druck ausgeübt; indessen hat sich die Lage des Geldmarktes doch gebessert. Dreimonatspapier wird mit 6 pSt. kürzere Sicht mit 5½—6 pSt., also etwas unter den Sätzen der Bank diskontirt. Gestern gingen die Konsols bis 91½. In Amsterdam hoben sich die Metalle von 71½ auf 75½, die Rat.-Anleihe von 74½ auf 77½; auch die Spanier folgten, die 3proz. von 36½ auf 37½, die 1proz. von 22½ auf 23½. In Hamburg stiegen die österr. Loose von 110 auf 113½, die Kredit-Aktien auf 126½; auch russische Papiere waren gefragt, neue Stieglitz wurden bis 88½ bezahlt. Frankfurt zeigte einen außerordentlichen Umsatz in österr. Fonds; Metalle wurden 79½, National-Anl. 80½, Loose von 1854 bis 97 bezahlt; österr. Staatsbahnstücken stiegen von 248½ bis 250, Bankantheile von 1047 bis 1055, auch die darmst. Bank-Aktien gingen von 300 auf 317, Eisenbahnaktien blieben vernachlässigt. In Wien war die Börse außerordentlich lebhaft, doch stiegen die Course nicht so bedeutend; Metalle 83½, National-Anleihe 85½, Nordbahn 236½; die Kredit-Aktien aber hoben sich von 240 auf 254 und das Agio besserte sich wesentlich: Gold 12½, Silber 8½.

Breslau, 30. Januar. Die Börse war heute minder belebt als in den letzten Tagen und die Aktien ein wenig niedriger; der Ultimo machte sich schon bemerkbar. Der Schluss war etwas fester. In darmstädter Bankaktien und Credit-Mobiliar ist wenig umgegangen. Das Hauptgeschäft bestand in österreichischer Nationalanleihe und Doppel-Zarnowitzer. Fonds unverändert. (Am gestrigen Börsenbericht muß es statt „braunschweiger Bankaktien“ heißen: „darmstädter Bankaktien.“)

☞ [Produktenmarkt.] Die Klause am hiesigen Getreidemarkt macht täglich größere Fortschritte. Veranlaßt wird dieselbe durch die von auswärtigen

eingehenden flauen Berichte und die niedrigeren Notirungen, durch die Unwesenheit oberflächlicher Getreide-Spekulanten, welche ihr Getreide auf hier dirigirt und dringend zum Verkauf offeriren; und da auch von hiesigen Bodenkütern die Angebote von allen Getreidearten bedeutend sind, so ist es kein Wunder, daß bei gänzlich stöckendem Absatz die Preise weichen bleiben.

Es sind die heutigen Preise annehmend für beste Sorten weissen Weizen 137—145 Sgr., guten 120—125—130—132 Sgr., mittlen und ord. 95 bis 100—110—113 Sgr., besten gelben 128—132—136 Sgr., guten 110—115 bis 120 Sgr., mittlen und ord. 70—75—80—90—100 Sgr., Brennerweizen 60—65—70—80 Sgr. — Roggen 86pfd. 109—110 Sgr., 85pfd. 106 bis 107 Sgr., 84pfd. 103—105 Sgr., 82—83pfd. 97—100—101 Sgr. — Gerste 70—74—76—77 Sgr. — Hafer 37—40—43 Sgr. — Erbsen 105—110—115—120 Sgr. — Mais 86pfd. 75 Sgr.

Selbstsaaten auch heute in besserer Frage und gestrige Preise willig zu bedingen; Wintertraps in bester Qualität 143 Sgr. bezahlt, Sommertraps und Sommertraps 110—114—118—120 Sgr.

Spiritus etwas fester, loco 13½ Thlr. Kleesaaten erhielten sich auch heute in guter Frage und wieder waren die feinen und feinsten Sorten rothe und weisse am begehrtesten. Die Zufuhren waren nur mäßig und wurden zu gestrigen Preisen geräumt; die hochfeinen Sorten weisse Saat auch mit ½ Thlr. über höchste Notiz.

Hochfeinste rothe Saat 18½—19—19½ Thlr., feine und gute Qualität 17—17½—18 Thlr., abfallende Sorten 14—16½ Thlr., hochfeinste weisse Saat 26—27 Thlr., feine 23—24—25 Thlr., mittlere Sorten 20 bis 22 Thlr., ord. 10—14—18 Thlr.

An der Börse war das Lieferungs-Geschäft in Roggen unverändert, in Spiritus etwas fester, in Hafer sehr flau. Roggen pr. Januar-Februar 82 Thlr. Br., März 81 Thlr. Br., Frühjahr 81 Thlr. bezahlt. Spiritus loco 13½ Thlr. Geld, pr. Januar 13½ Thlr. Br., Februar 13½ Thlr. bezahlt, März 14 Thlr. bezahlt, Frühjahr 14½ Thlr. Geld.

L. Breslau, 30. Januar. Zink loco ohne Umsag. Von Hamburg gestern 2000 Centner Lieferung zu 15 mk 2 ½ gemeldet. Vom 26. aus London wird über Zink nichts gemeldet.

Wasserstand.
Breslau, 30. Jan. Oberpegel: 17 F. 4 Z. Unterpegel: 8 F. 9 Z. Eisstand.

Zu Brieg stand das Wasser der Oder am 30. Januar, Morgens 7 Uhr, am Oberpegel 17 Fuß — Zoll, am Unterpegel 11 Fuß 8 Zoll, bei Eisstand im Oberwasser.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Ämtliche Verordnungen und Bekanntmachungen.

Die Nr. 22 des „Preuß. Staats-Anz.“ bringt

1) das Erkenntnis des königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 20. Oktober pr., daß die Frage, ob und welche Sicherungs-Anlagen in Folge des Eisenbahnbaus nothwendig sind, von der Regierung, die Frage dagegen, wer die Kosten solcher für nöthig befundenen Anlagen zu tragen habe, ob die Eisenbahn-Gesellschaft oder die Grundbesitzer, im ordentlichen Rechtswege von den Gerichten zu entscheiden sei.

2) den Bescheid vom 22. Novbr. pr., daß Hilfsaufseher der Strafanstalten zur Zahlung von Einzugsgeld nicht verpflichtet sind, insofern nicht etwa, abgesehen von dem Dienstverhältnis, Umstände vorliegen, welche auf die Ergreifung eines befähigten Wohnsitzes schließen lassen.

Die Nr. 23 des „Pr. St.-Anz.“ bringt

1. eine Verfügung vom 18. Januar d. J., betreffend die Taxirung der Korrespondenz nach und aus Ostindien via England;

2. die Verfügung vom 17. Januar d. J., betreffend die Baarzahlungen nach Nordamerika;

3. ein Erkenntnis des königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, betreffend den Unterschied zwischen Kompetenz-Konflikten, welche auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1847, und Konflikten, welche auf Grund des Gesetzes vom 13. Februar 1854 erhoben werden, sowie die Ungültigkeit von Negativ-Klagen gegen Beamte, welche als Organe ihrer vorgesetzten Behörde polizeiliche Maßregeln zur Ausführung bringen; vom 6. Oktober 1855.

Die Nr. 25 des „Pr. St.-Anz.“ bringt:

1) Eine allgemeine Verfügung vom 30. Dezember v. J., betreffend die Stellung und Beantwortung der Fragen in Schwurgerichtssachen, wenn die Anklage erschwere Umstände umfaßt.

2) Eine allgemeine Verfügung vom 31. Dezember v. J., betreffend die Erweiterung des Advokaten-Verkehrs bei den Gerichts-Kommissionen.

3) Eine Circular-Verfügung vom 22. Dezember v. J., betreffend die Beurlaubung von Viehsälz.

Das 3. Stück der Geses-Sammlung enthält unter:

Nr. 4336 das Statut des Domsen-Klein-Deuschwiger Deichverbandes.

Vom 24. Dezember 1855; unter

Nr. 4337 das Statut des Hammer Deichverbandes. Vom 25. Dezember 1855; unter

Nr. 4338 den allerhöchsten Erlaß vom 24. Dezember 1855, betreffend die Verleihung fiskalischer Vorrechte in Bezug auf die bei dem Bau und der Unterhaltung der Schaussee von Bernau nach Weissensee erforderlichen Grundstücke und Materialien; unter

Nr. 4339 den allerhöchsten Erlaß vom 31. Dezember 1855, betreffend die Verleihung fiskalischer Vorrechte für den Bau der Schaussee von Voisenburg im Kreise Templin nach Greifenberg im Kreise Angermünde; und unter

Nr. 4340 die Bekanntmachung über die unterm 24. Dezember 1855 erfolgte allerhöchste Bestätigung des Statuts der Bernau-Weissensee Schaussee-Gesellschaft. Vom 11. Januar 1856.

— Bekanntlich ist der Verkauf von Billets zur Weiterbeförderung von Auswanderern von dem überseeischen Landungsplatze nach dem Bestimmungs-orte im Innern, auf Eisenbahnen, Dampfschiffen etc., sowie das Anbieten solcher Billets und das Ausgeben von Empfehlungen gewisser, in dem Einwanderungslande zu benutzenden Beförderungsmittel in allen preussischen Landestheilen polizeilich verboten.

Neuerdings hat der Herr Minister für Handel, Gewerbe etc. sich veranlaßt gefunden, die darüber bestehenden Verordnungen in Erinnerung zu bringen und den Bezirks-Regierungen ein Memorial der Emigrations-Kommission zu New-York, in welchem die Ueberorttheilungen, denen die Auswanderer beim Ankauf solcher Billets ausgesetzt sind, näher dargelegt werden, zur geeigneten Verbreitung zugehen lassen.

— Nach dem Staats-Ministerial-Beschlusse vom 19. November 1850 soll in Berücksichtigung der Eigenthümlichkeit des Einkommens der zu den gewöhnlichen Friedens-Übungen einberufenen beurlaubten Landwehr-Offiziere, wenn dieselben im Civildienste angestellt werden, bei der Berechnung und Bestimmung des zum Pensionsfonds einzuziehenden 12ten Theils der Befoldung, von dem Landwehrdienstverhältnis und dem damit verknüpften Kompetenzen abstrahirt werden, indem ein Gehaltsverbesserungs-Abzug von diesem Einkommen nicht entrichtet wird.

Dasselbe gilt für den Fall der Einberufung bei einer Mobilmachung oder bei Zusammenziehung der Landwehr zu außergewöhnlichen Zwecken im Frieden, wenn das beim Diensttritt gewährte Einkommen während der Dienstleistung unverändert bleibt, weil nach § 35 und 59 des allerhöchsten Reglements über die Selbst-Verpflegung der Armee im Kriege die Einberufung keine dauernde Anstellung ist, der Landwehr-Offizier vielmehr nach der Demobilmachung in das Beurlaubten-Verhältnis zurückkehrt.

Nach dem § 219 des bezeichneten Reglements haben nun aber die einberufenen Offiziere der Landwehr den Gehalts-Verbesserungs-Abzug in dem Falle zu entrichten, wenn sie während des Feld-Zustats — sei es durch Beförderung zu einer höheren Charge, sei es durch Ernennung, Bestätigung oder Gehalts-Asension — zu einem höheren Feldgrade gelangen.

Unter ähnlichen Verhältnissen wird dieser Abzug bei Zusammenziehung der Landwehr zu außergewöhnlichen Zwecken im Frieden gemacht.

Da nun der Gehalts-Verbesserungs-Abzug zum Pensions-Fonds grundsätzlich nur einmal zu entrichten ist, so hat das königliche Staats-Ministerium beschloffen:

daß nicht allein den zur Mobilmachung, sondern auch den bei Zusammenziehung der Landwehr zu außergewöhnlichen Zwecken im Frieden einberufenen Landwehr-Offizieren bei einer später erfolgenden Anstellung im Civildienste der Betrag des im Landwehrdienstverhältnis etwa schon erlittenen Gehalts-Verbesserungs-Abzugs auf den grundsätzlichen Gehalts-Abzug bei erster Anstellung im Staatsdienste zu gut zu rechnen sei.

Abchrift dieses Beschlusses wird sämmtlichen Ministerien und obersten Central-Behörden zur weiteren Verfügung in ihrem Ressort mitgetheilt.

Berlin, den 20. Dezember 1855.

Königliches Staats-Ministerium.

gez. v. Mantuffel. von der Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.

v. Boretschwing. Graf Waldersee.

Für den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten

v. Mantuffel.

Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerial-Blattes“ enthält eine allgemeine Verfügung des Justizministers vom 21. d. M., wodurch die Gerichte angewiesen werden, Zeichnungen, Grundrisse und Situationspläne, welche sie an die Appellations-Gerichte oder an das Justiz-Ministerium einzuwenden haben, nicht zusammenzurollen, sondern in Mappen zu verpacken, damit sie gehörig konservirt werden; ferner ein Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 17. v. Mts., worin ausgeführt wird, daß bei einer Anklage auf Mord das Moment der Ueberlegung einen erschwenden Umstand im Sinne des Gesetzes bilde, und daß es daher in Uebereinstimmung mit früheren Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes nicht genüge, um die Bejahung der ganzen Frage auszudrücken, wenn der Ausspruch der Geschworenen dahin gefaßt wird: „da der Angeklagte ist schuldig“, daß vielmehr des Umstandes der Ueberlegung in dem Ausspruche besondere Erwähnung geschehen müsse, widrigenfalls das Verfahren der Richtigkeit unterworfen ist.

P. C. Der Selbstverleger einer Broschüre unter 20 Bogen hatte vor Vollendung des Druckes und vor erfolgter Verbreitung ein Exemplar derselben bei der Ortspolizeibehörde hinterlegt. Hierauf wurde dem Drucker bedeutet, daß gegen ihn das Verfahren auf Entziehung der Konzeption würde eingeleitet werden, wenn er mit dem Drucke fortfahre. Der Verleger ließ nun die Schrift an einem andern Orte drucken und verbreitete dieselbe, ohne nochmals ein Exemplar bei der Polizeibehörde zu hinterlegen. Er wurde deshalb unter Anklage gestellt, jedoch freigesprochen, weil es einer nochmaligen Hinterlegung wegen Veränderung des Druckers nicht bedurft hätte. Das königliche Ober-Tribunal nahm jedoch an: daß nach § 3 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 von jeder die Presse verlassenden Druckschrift unter 20 Bogen ein mit dem Namen und Wohnort des Druckers versehenes Abdruck. 24 Stunden vor ihrer Ausgabe bei der Ortspolizeibehörde hinterlegt werden müsse; daß nach §§ 7 und 8 dieses Gesetzes zu den die Zulässigkeit der Verbreitung einer Druckschrift bedingenden Erfordernissen, auch die Angabe des Namens und Wohnortes des Druckers gehöre, und daß demnach im Sinne des Preßgesetzes, zwei Abdrücke derselben Schrift, wenn sie von verschiedenen Druckern unter Angabe ihrer Namen und Wohnorte, gemacht sind, nicht als dieselbe, nur einmal bei der Polizei-Behörde zu hinterlegende, Druckschrift angesehen werden könne. Unter Vernichtung des angegriffenen Erkenntnisses wurde der Beschuldigte zu 3 Thaler Geldbuße, event. drei Tagen Gefängnis verurtheilt.

London. Vor dem Queens Bench-Gerichte wurde kürzlich folgender Fall verhandelt, dessen Entscheidung nicht geeignet ist, der Geschäftswelt bei etwa nöthigen Verurtheilungen auf die englischen Gerichte Vertrauen auf ihre gerechte Sache einzufloßen. Es handelte sich dabei um eine Forderung im Schiffsversicherungsfache. Mr. Engelhardt aus London hatte für Rechnung der amsterdamer Zuckerraffinerie von Goodal Shilton u. Comp. eine aus Bahia in Plymouth angelangte Zuckerrückladung gekauft. Als diese in Amsterdam ausgeladen werden sollte, zeigte sich, daß sie schadhaft war. Lloyds Agenten in Amsterdam stellten sofort die nöthigen Erhebungen an, und es wurde zur Evidenz bewiesen, daß der Schaden (1568 Pfd. St.) durch eingedrungenes Seewasser während der Ueberfahrt entstanden sei. Trotzdem beauftragten die Assuranten die Zahlung und es kam zum Prozeß, und trotzdem nun der Frachtbrief auslagte, daß die Waare in Bahia im besten Zustande verladen worden sei, entschied der Richter, Lord Campbell, dahin, daß dies kein genügender Beweis sei, und daß Zeugen aus Bahia erforderlich seien, um die Klage zu erhärten. Einer solchen Entscheidung gegenüber muß das bisherige Vertrauen der Handelwelt in die Gewährkraft der Fracht-Briefe erschüttert werden. Das Schlimmste dabei ist, daß Mr. Engelhardt und seine Korrespondenten, durch eigene und Anderer bittere Erfahrungen gewarnt, Anstand nehmen zur Appellation ihre Zuflucht zu nehmen, deren Erfolg sehr zweifelhaft ist, deren Kosten aber bei dem complicirten englischen Gerichtsverfahren sehr bedeutend sind. Einer unparteiischen Jury von Geschäftsleuten würden sie die Entscheidung gern anheimstellen, aber sie tragen lieber den Schaden, als daß sie sich in einen neuen kostspieligen Prozeß verwickeln.

Eisenbahn-Zeitung.

Betriebs-Einnahmen schlesischer Eisenbahnen in Thälern:

	ober-schles.	Wittemb.	B.-S.-R.	N.-B.
Vom 13. bis 19. Jan. 1856:	50,551	14,584	9,422	1,982
in demselben Zeitraum 1855:	38,040	8,535	5,575	1,445
1856 mehr:	12,521	6,249	3,547	537
mehr bis 13. Januar 1856:	11,731	11,007	3,135	427
mehr in 3 Wochen 1856:	24,252	17,256	6,682	964

C. Bei verschiedenen Privat-Eisenbahn-Gesellschaften sind die auf ministerielle Anordnung eingerichteten Pensions- und Witwen-Unterstützungskassen für deren Beamte von dem vorgeordneten Ministerium noch nicht gut geheißen worden. Es wird jetzt auf eine schnelle Regelung dieser Angelegenheit gedrungen, und sind alle nicht bereits gut gehehen Einrichtungen solcher Kassen, welche nicht dem für die unter königlicher Verwaltung stehenden Eisenbahnen erlassenen Reglement angepaßt sind, mit diesem Reglement in Uebereinstimmung zu bringen. — In dem Abgeordnetenhaus steht ein Antrag auf Erweiterung des Institutes der Schiedsmänner bevor.

Berlin. Es zirkulirt hier ein Prospekt der Eisenbahn von Konstantinopel nach Belgrad, welche von europäischen Kapitalisten gebaut werden soll. Submissionen nimmt das türkische Ministerium des Anwesigen bis zum 31. März an. Das Kapital wird etwa 50 Millionen Fl. für die Länge von 130 bis 135 Meilen betragen. Die Bahn soll Belgrad-Semlin über Semendria, Nissa, Sophia, Bajardschik, Philippopol, Dungiowa, Adrianopel, Konstantinopel berühren und wird in 26 Stunden gefahren werden können.

Die „Zeit“ enthält Folgendes: „Es ist im Werke, eine Eisenbahn von Rattowis in Oberschlesien nach dem russischen Gebiet zu bauen, die nicht, wie es jetzt geschieht, muß, österreichisches Terrain auf irgend eine Weise berührt. Die russische Regierung soll sich besonders dafür interessieren. Diese ganze Strecke würde etwa 4 Meilen betragen und nicht viel mehr als eine Million Silberrubel kosten. Der Verkehr Russlands mit Preußen wird dann auf dortiger Seite ganz ungestört und ohne Vermittelung Oesterreichs statthaben können.“

Die am Schlusse des Jahres 1854 im Betriebe befindlichen Eisenbahnen des preussischen Staats haben eine Länge von 490,771 Meilen, sie repräsentiren in dem genannten Zeitpunkt ein Anlagekapital von über 202½ Millionen Thaler, mit einem Reservefonds von circa 3½ Millionen, gewährten im Jahre 1854 einen Reinertrag von fast 11½ Millionen Thaler oder 5,79 Prozent des Anlagekapitals. Der Ausruech der Stammaktien-Kapitale gewährt bei den jetzigen Verhältnissen des Geldmarktes einen Kapitalgewinn von 29 Millionen Thaler, oder etwa 30 Prozent der ursprünglichen Anlage. Die Zahl der Reisenden auf den preussischen Eisenbahnen betrug 1854 mehr als 11½ Millionen Personen, von denen jede durchschnittlich 3,69 Meilen zurücklegte und 42,29 Pf. pro Meile bezahlte. Der Gütertransport betrug über 1436½ Millionen Centner eine Meile weit befördert, und brachte durchschnittlich jeder Centner 3,44 Pf. pro Meile ein.

Die Eisenbahnabgabe ist in dem diesjährigen Etat mit 491,248 Thaler (124,121 Thlr. mehr als im Vorjahre) angesetzt. Diese Abgabe soll gleichmäßig in jedem Jahre nach den Betriebsergebnissen des vorigen Jahres erhoben werden. Da jedoch bei Aufstellung des jetzt der Landesvertretung vorgelegten Etats die Betriebsergebnisse der Eisenbahnen im Jahre 1855 noch nicht vorliegen konnten, so mußten die für das Jahr 1854 erhobenen Beträge dem Etat als Grundlage dienen. In der dem Etat beigefügten Nachweisung waren im vorigen Jahre 25 besteuerte Eisenbahnen namhaft gemacht. Die Münster-Hammener Eisenbahn ist seitdem vom Staat angekauft; die diesjährige Nachweisung ergibt daher nur 24 Eisenbahnen. Von diesen Bahnen haben nur fünf (die Haderichsche Zweigbahn, die Steele-Wohwinkel, die Ruhrt-Kreisel-Kreis Gladbacher, die Aachen-Düsseldorfer und Stargard-Posen Bahn) im Jahr 1854 keinen Ertrag geliefert (im Jahr 1853 jedoch). Die höchste Abgabe entrichteten die Köln-Mindener Bahn mit 108,875 Thlr., die Magdeburg-Leipziger Bahn mit 87,687 Thlr., die Oberschlesische Bahn mit 83,454 Thlr., die Berlin-Stettiner Bahn mit 61,118 Thlr.

[Berichtigung.] In dem Artikel: das jüdische theologische Seminar in Breslau, Nr. 49, ist zu lesen: statt des griechischen Charmendichters Phokylides d. g. Gnomendichters Ph., statt Demosthenes Demosthenes, statt Profens-Natur Profens-Natur.